

Muster-Pressespiegel

– zusammengestellt und versendet mit dem PMG Pressespiegel-Manager –

erstellt am 25.02.2021

9 Artikel

Nutzungshinweis

Dieser Pressespiegel ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Aus urheberrechtlichen Gründen ist eine Verbreitung an Dritte und Speicherung über vier Wochen hinaus nicht gestattet - nach Ablauf dieser Frist ist der Pressespiegel vom Empfänger vollständig zu löschen.

Inhalt

mz-web.de (Mitteldeutsche Zeitung) 18.02.2021 16:05 248 Wörter Online Grüne wollen Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt	3
waz.de (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) 17.02.2021 05:39 390 Wörter Online Integrationsministerin: Mehr Einsatz gegen rechte Gewalt	5
general-anzeiger-bonn.de 21.02.2021 05:08 758 Wörter Online Tag der Muttersprache : Wie viel Deutsch braucht die Schule?	7
Welt.de 20.02.2021 256 Wörter Online Zwei Katzen nach positivem Corona-Test in Quarantäne	9
Spiegel.de 19.02.2021 298 Wörter Online Milliarden fehlen Krankenkassen mit höchstem Defizit seit 2003	10
FAZ.NET 17.02.2021 601 Wörter Online Wöchentliche Verdopplung Britische Mutante gewinnt Oberhand	12
Spiegel.de 19.02.2021 1.296 Wörter Online Streit über das richtige Wohnen Klimaretten geht auch ohne Eigenheimbann	14
ZEIT ONLINE 18.02.2021 309 Wörter Online UN-Bericht Ein Viertel der weltweiten Krankheitslast ist umweltbedingt	17
Spiegel.de 15.02.2021 1.297 Wörter Online Streit in der EU Alle wollen das Klima retten – aber niemand will was tun	19

Grüne wollen Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin - Prominente Grünen-Politiker fordern ein Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft



Die Grünen-Politikerin Claudia Roth. Foto: dpa.

und Diskriminierung ein Phänomen, mit dem sich ein Großteil unserer vielfältigen Gesellschaft tagtäglich auseinandersetzen muss“, schreiben die Autoren eines Positionspapiers, über das „Zeit Online“ am Donnerstag berichtete.

Dies bilde sich jedoch in den Ministerien auf Bundesebene nicht ab. Ein solches Ministerium solle die Bereiche Antidiskriminierung, Frauen, Einwanderung, Migration und Flucht, Queerpolitik, Behindertenpolitik, Familie, Senioren, Jugend und Demokratieförderung bündeln.

Empfohlener redaktioneller Inhalt

An dieser Stelle finden Sie einen relevanten Inhalt der externen Plattform Twitter, der den Artikel er-

gänzt. Sie können ihn sich einfach mit einem Klick anzeigen lassen und auch wieder ausblenden.

Ich bin damit einverstanden, dass mir externe Inhalte der externen Plattform Twitter angezeigt werden. Dabei können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr dazu in unserer Datenschutzerklärung.

Zu den achtzehn Unterzeichnern des Papiers gehören Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth, die bayerische Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze, die schleswig-holsteinische Landtags-Vizepräsidentin Aminata Touré und der Berliner Justizsenator Dirk Behrendt.

Das im Grundgesetz verankerte Gleichheitsversprechen treffe auf sehr viele Bürgerinnen und Bürger nicht zu, schreiben die Verfasser. In den Spitzenpositionen von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur seien viele Gruppen nicht oder kaum vertreten. Die Grünen-Politiker fordern unter anderem auch eine Ergänzung des Grundgesetzes um den Satz „Der Staat gewährleistet Schutz gegen jedwede gruppenbezogene Verletzung der gleichen Würde aller Menschen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Zudem müsse die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt werden und mehr Beratungsstellen für Betroffene geschaffen werden. (dpa)

Wörter:	248	Nummer:	4877795067
Medienkanal:	Online	Visits (VpD):	2,53 (in Mio.) ¹
Mediengattung:	Online News	AVE (Online):	4.143 (EUR) (ungewichtet)
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.mz-web.de/politik/gleichberechtigung-gruene-wollen-ministerium-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt-38081312>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

Integrationsministerin: Mehr Einsatz gegen rechte Gewalt

Berlin. Der Anschlag von Hanau jährt sich. Für **Integrationsministerin** Widmann-Mauz ist jeder Einzelne im Kampf gegen Rassismus gefordert.



Nach dem Attentat gedenken die Menschen der Opfer in Hanau

Zum Jahrestag des Anschlags in Hanau hat die Integrationsstaatsministerin Annette Widmann-Mauz (CDU) mehr Einsatz im Kampf gegen rassistisch motivierte Gewalt in Deutschland gefordert: „Die rassistischen Morde von Hanau verpflichten uns alle, mehr zu tun“, sagte Widmann-Mauz unserer Redaktion.

Es sei richtig, dass „die Bundesregierung den Kampf gegen Rassismus mit konkreten Maßnahmen von der Prävention über die Strafverfolgung bis hin zur Hilfe und Beratung für Betroffene“ vorantreibt. „Und deshalb ist jede und jeder einzelne gefragt, klare Haltung zu zeigen und die Stimme gegen Hass und Gewalt zu erheben“, hob die Integrationsbeauftragte hervor.

Nach Hanau: Neue Plakate für Kampagne #MeineStimmeGegenHass

Die **Integrationsministerin** fördert gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung mit jeweils 125.000 Euro die Initiative #MeineStimmeGegenHass der Deutschland-

stiftung, die auf diese Weise auch Erinnerungsarbeit für die Opfer von rechtsextremer Gewalt leisten will. Anlässlich des Jahrestages des Anschlags in Hanau hat die Stiftung eine neue Kampagne aufgelegt.

Mehr zum Thema: Eine Chronologie der rechten Gewalt in Deutschland

Nach Angaben der Bundesregierung fordert die Initiative Menschen bundesweit mit Plakaten und Anzeigen sowie einem Fernseh-Spot dazu auf, sich gegen rechtsextreme und rassistische Hetze zu stellen. Mehr als 50 Prominente unterstützten Angaben der Stiftung die Kampagne, darunter Schauspielerin Iris Berben, Sänger Max Raabe und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster.

Deutscher tötet neun Menschen in Hanau – Motiv: Rassismus

Anlässlich des Beginns der neuen Kampagne sagte der Vorsitzende des Stiftungsrates der Deutschlandstiftung Integration, der frühere Bundespräsident Christian Wulff:

„Wir müssen in der realen wie in der digitalen Welt gegen diesen Hass entschlossen vorgehen. Den Nährboden solcher Ideologien müssen wir alle zusammen trockenlegen.“

Der Täter von Hanau habe eine „zutiefst rassistische Gesinnung“ gehabt und vor der Gewalttat „seine Botschaften und seine Radikalisierung im Internet ausleben“, so Wulff.

Am 19. Februar 2020 hatte ein 43 Jahre alter Deutscher in zwei Bars im hessischen Hanau neun Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gezielt getötet.

Die Bundesanwaltschaft attestierte dem Täter eine zutiefst rassistische Gesinnung. Für den ersten Jahrestag ist in Hanau eine Gedenkfeier mit Bundespräsident Steinmeier geplant.

Weiterführende Links:

Hätte der Anschlag von Hanau verhindert werden können?

Eine Stadt unter Schock – Hanau
nach dem Attentat

Wie der Terror von Hanau das Leben
der Angehörigen verändert hat

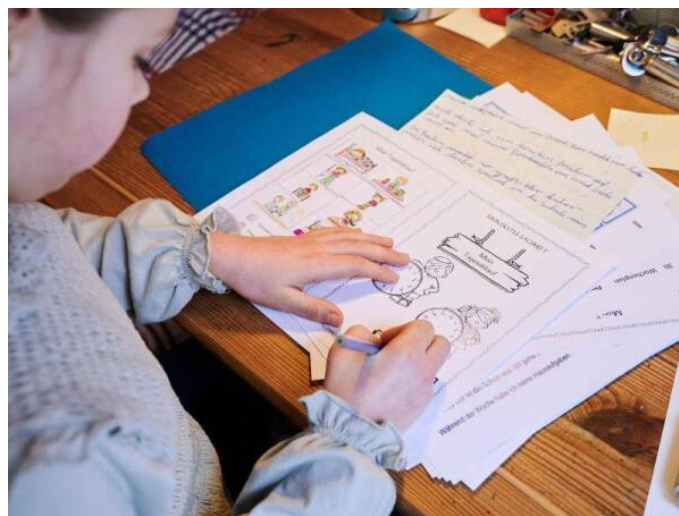
Wörter:	390	Nummer:	4874716263
Medienkanal:	Online	Visits (VpD):	2,70 (in Mio.) ¹
Mediengattung:	Online News	AVE (Online):	7.240 (EUR) (ungewichtet)
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.waz.de/politik/integrationsministerin-mehr-einsatz-gegen-rechte-gewalt-id231582883.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

Tag der Muttersprache : Wie viel Deutsch braucht die Schule?

Der Anteil von Kindern mit **Migrationshintergrund** in Schulen steigt. Viele von ihnen sprechen schlecht Deutsch - eine Herausforderung für Lehrer und Mitschüler. Wie könnte guter Unterricht gelingen?



Wenn Schüler und Lehrer nicht dieselbe Sprache sprechen: In der Grundschule bestehen substantielle Unterschiede in den Lesekompetenzen zwischen Kindern mit und ohne **Migrationshintergrund**. Foto: Annette Riedl/dpa

Berlin

Philipp Möller erinnert sich gut an den Schulbeginn seiner Tochter: „Wir haben genau gesehen, wie Klara, die anfangs mit einer Riesenfreude in die Schule ging, jeden Tag ein bisschen frustrierter zurückkam“, sagt der Berliner.

Der Grund: „Das Sprach- und dadurch das Lernniveau waren so brachial gering, dass die Lehrerin es schwer hatte, da überhaupt Unterricht zu machen.“

Es gab nur vier oder fünf andere Kinder ohne **Migrationshintergrund** in der Klasse.“ Möller weiß aus seiner zweijährigen Arbeit als Vertretungslehrer, wie es ist, wenn Schüler

und Lehrer nicht dieselbe Sprache sprechen, und hat seine Erfahrungen in dem Buch „Isch geh Schulhof“ (2012) veröffentlicht.

Substantielle Unterschiede in den Lesekompetenzen

Das Problem geht über die Grundschulzeit hinaus: „Sprachliche Defizite werden nicht in den ersten vier Jahren ausgeglichen“, weiß Bildungsforscherin Nele McElvany, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund. Ihr Institut leitet die IGLU-Studie zu Lesekompetenzen bei Grundschulern in Deutschland. Die Untersuchungen zeigten, dass auch nach vier Jahren substantielle Unterschiede in

den Lesekompetenzen zwischen Kindern mit und ohne **Migrationshintergrund** bestünden.

Der Anteil von Schülern mit **Migrationshintergrund** an allgemeinen und berufsbildenden Schulen liege laut Mikrozensus bundesweit bei durchschnittlich etwa 37 Prozent. „Wir gehen davon aus, dass er künftig noch ansteigen wird“, so McElvany. Die Verteilung der Schüler sei sehr unterschiedlich. „90 Prozent leben in Berlin oder den westdeutschen Bundesländern“, berichtet sie.

Möller zog nach sechs Wochen die Reißleine. „Wir sind an den Stadtrand gezogen. Es war auch eine Flucht“, erinnert er sich. Doch was,

wenn eine Flucht nicht möglich ist? Was muss an Schulen passieren, damit effektiver Unterricht möglich ist? Wären Quoten hilfreich? Oder sollten Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse von der Grundschule zurückgestellt werden, wie es ein CDU-Politiker forderte?

Sprachkenntnisse abhängig vom sozioökonomischen Hintergrund

McElvany hält es für „wenig sinnvoll, eine künstliche Zahl festzulegen“. Entscheidender als die Herkunft seien die Sprachkenntnisse, und die seien stark abhängig vom sozioökonomischen Hintergrund. „Ich könnte ja zum Beispiel eine Klasse haben, wo bei jedem Kind ein Elternteil im Ausland geboren ist, aber alles Akademiker sind, mit Deutsch als Familiensprache und die Kinder schon lesen können, wenn sie in die Schule kommen. Da wird super gelernt werden.“

Berührungspunkte mit der deutschen Sprache schaffen

„Man muss die systematische sprachliche Förderung im Elementarbereich ausbauen, damit die Kinder überhaupt eine Chance haben, wenn sie in die Schule kommen“, sagt die Forscherin. Und was, wenn Kinder nicht in die Kita gehen? „Sie sind dann deutlich im Nachteil. Die Berührung mit der deutschen Spra-

che ist ein Schlüssel“, so McElvany. Es sei nicht nötig, zu Hause auf die eigene Muttersprache zu verzichten, aber: „Eltern sollten ihren Kindern Berührungspunkte mit der deutschen Sprache bieten. Es kann zum Beispiel eine Maßnahme sein, deutschsprachige Fernsehprogramme zu sehen.“

„Man muss fördern, aber auch fördern“, ist Philipp Möller überzeugt. „Man muss auch auf Familien zugehen, damit sie daran mitwirken, dass das Kind die Sprache dieses Landes erlernt. Und wenn es die Eltern nicht können, sollten Angebote gemacht werden, die auch genutzt werden sollten.“

Bundesweit keine einheitliche Linie

Doch wer stellt wann fest, wie gut ein Kind Deutsch spricht und wie stark es gefördert werden muss? Hier gebe es bundesweit keine einheitliche Linie. McElvany wünscht sich einheitliche Standards, die festlegen, welche Sprachkompetenzen Kinder in einem bestimmten Alter haben sollten. Außerdem seien einheitliche diagnostische Testverfahren nötig - auch für Kitas. Daraus könnten dann einheitliche Schlüsse darüber gezogen werden, wo Förderung notwendig ist und wie das umgesetzt werden kann.

Allerdings sei der Forschungsbedarf noch immer groß, das Thema Sprachförderung sehr komplex. Obwohl Kinder mit anderer Muttersprache an deutschen Schulen kein neues Phänomen seien, sei nur wenig darüber bekannt, welche Art der Förderung wirklich helfe. „Es gibt grundsätzliche Erkenntnisse, aber nicht dieses EINE Förderprogramm.“

Lehrerschaft aufklären und sensibilisieren

Stefan Düll vom Vorstand des Deutschen Philologenverbands hält es für sinnvoll, auch bei der Lehrerschaft anzusetzen: „Es könnten mehr Menschen mit **Migrationshintergrund** in unserem Beruf sein“, sagt er. Zudem könnten Lehrer ohne **Migrationshintergrund** stärker sensibilisiert werden: „Es ist sicherlich hilfreich, in Lehrerfortbildungen darüber aufzuklären, welche Besonderheiten es in verschiedenen Kulturen gibt“, ist er überzeugt. „So kann man besser verstehen, warum es zu gewissen Missverständnissen oder zu völligem Unverständnis kommt, was Konzepte und Werte betrifft.“

Literatur:

Philipp Möller: *Isch geh Schulhof*, Bastei Lübbe, 362 Seiten, ISBN-13: 978-3-404-60696-2, 2012, 10 Euro

© dpa-infocom, dpa:210215-99-446518/10

Wörter:	758	Nummer:	4870592151
Medienkanal:	Online	Visits (VpD):	1,64 (in Mio.) ¹
Mediengattung:	Online News	AVE (Online):	6.791 (EUR) (ungewichtet)
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: https://ga.de/ratgeber/familie/wie-viel-deutsch-braucht-die-schule_aid-56373941

¹ von PMG gewichtet 11-2020

Zwei Katzen nach positivem Corona-Test in Quarantäne

Hamburg (dpa) - Zwei Katzen einer an Corona verstorbenen Hamburgerin sind ebenfalls positiv auf das Virus getestet worden. Das Friedrich-Loeffler-Institut habe die Infektion der Katzen bestätigt, teilte das Bundeslandwirtschaftsministerium mit. Bislang seien in Deutschland insgesamt fünf Corona-Fälle bei Katzen und zwei bei Hunden gemeldet worden. Es lägen aber keine Hinweise vor, dass sich Menschen bei Hunden und Katzen mit Sars-CoV-2 infiziert hätten. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Nutztiere wie Schweine und Hühner seien nicht infizierbar.

„Es geht den beiden Katzen gut“, sagte die Leitende Tierärztin des Hamburger Tierheims, Urte Inkmann.

Sie hätten einen leichten Schnupfen und niesten ein bisschen. Die beiden kastrierten Kater seien getrennt in der Isolationsstation untergebracht worden und hätten jeder einen größeren Käfig mit zwei Boxen zur Verfügung. „Wir sind guter Hoffnung, dass sie nächste Woche aus der Quarantäne entlassen werden“, sagte Inkmann. Darüber werde das Bezirksamt Harburg nach einem weiteren Test entscheiden.

Katzen würden wie Menschen mit einem Tupfer im Hals getestet, erklärte die Tierärztin. Bei den beiden Katern hätten Mitarbeiter des Tierheims das ohne Narkose machen können. „Das sind ganz, ganz liebe Katzen“, sagte Inkmann. Es seien schon mehrfach Katzen und

Hunde mit Corona-Verdacht in der Isolationsstation gewesen. Jetzt seien es die ersten bestätigten Fälle im Hamburger Tierheim. Die Mitarbeiter achteten wie bei Menschen auf Distanz zu den Tieren und trügen bei der Versorgung die gleiche Schutzkleidung wie im Krankenhaus. Nach dem Abholen der Katzen aus der Wohnung der verstorbenen Frau hätten alle beteiligten Mitarbeiter einen Schnelltest bei sich machen lassen.

© dpa-infocom, dpa:210220-99-518791/2

Handlungsempfehlungen bei Corona-Infektionen von Katzen und Hunden

Hamburger Tierheim

Wörter:	256	Visits (VpD):	6,44 (in Mio.) ¹
Seite:	Online 20.02.2021 09:32 Uhr	Unique Users (UUpD):	0,862 (in Mio.) ²
Ressort:	Regionales	AVE (Online):	537.104 (EUR) (ungewichtet)
Rubrik:	Regionales		
Medienkanal:	Online		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article226742105/Zwei-Katzen-nach-positivem-Corona-Test-in-Quarantaene.html>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

MILLIARDEN FEHLEN

Krankenkassen mit höchstem Defizit seit 2003

Die Coronakrise ist einer der entscheidenden Faktoren: Bei den gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland klafft eine Lücke in den Bilanzen. Schlechter hatte es zuletzt kurz nach der Jahrtausendwende ausgesehen.

Das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen hat sich laut einem Zeitungsbericht im Corona-Jahr deutlich erhöht. Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (»FAZ«) in ihrer Freitagsausgabe unter Berufung auf Angaben der Kassenverbände berichtet, wuchs das Gesamtdefizit der Kassen um etwa eine Milliarde Euro auf 2,5 Milliarden Euro, also um rund zwei Drittel.

Damit war die Finanzlage der Krankenkassen der Zeitung zufolge so schlecht wie seit mehr als andert-halb Jahrzehnten nicht mehr. Im Jahr 2003 war ihr Defizit mit 3,4 Milliarden Euro noch höher gewesen. Seither hatte die gesetzliche Krankenversicherung in zwölf von 16 Jahren Überschüsse erzielt.

Die Kosten der Corona-Pandemie waren laut »FAZ« nur einer der Gründe für den starken Anstieg des Defizits im vergangenen Jahr. Ein weiterer Grund war demnach, dass ganz unabhängig von der Pandemie viele von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angeschobene Reformen die Ausgaben im Gesundheitswesen stärker in die Höhe getrieben hätten als die Einnahmen.

Vor allem die Ersatzkassen verzeichnen Defizit

Unter allen Versicherungsarten schrieben nach Angaben der Zeitung die Ersatzkassen 2020 das schlechteste Ergebnis mit einem Minus von 1,1 Milliarden Euro. Nur geringfügig besser sah es demnach bei den Allgemeinen Ortskranken-

kassen (AOK) aus. Deren Unterdeckung habe rund eine Milliarde Euro betragen.

Anfang Januar hatte sich bereits der Chef der Techniker Krankenkasse zur finanziellen Lage der Branche geäußert. Jens Baas prognostizierte damals einen deutlichen Anstieg der Kassenbeitragssätze für 2022. Gründe für die Ausgabensteigerungen sind laut dem TK-Chef erwartete Mindereinnahmen bei den Beiträgen durch die wirtschaftliche Lage vieler Menschen, gleichzeitig trieben teurere Behandlungen und Therapien die Ausgaben weiter nach oben. Alle Reserven bei den Krankenkassen seien Ende 2021 jedoch aufgrund politischer Eingriffe aufgebraucht.

jok/AFP

Wörter:	298	Jahrgang:	2021
Autor:	Johannes Korge	Nummer:	0
Seite:	0	Visits (VpD):	11,59 (in Mio.) ¹
Rubrik:	Wirtschaft	Unique Users (UUpD):	1,30 (in Mio.) ²
Medienkanal:	Online	AVE (Online):	1.144.575 (EUR) (ungewichtet)
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/krankenkassen-mit-hoehstem-defizit-seit-2003-a-169c319e-c2ce-4c9a-a6df-85620b565c7d>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung:
Krankenkassenkarten
(Symbolbild) *Fotonachweis: dpa*

WÖCHENTLICHE VERDOPPLUNG

Britische Mutante gewinnt Oberhand

Von Heike Schmoll, Berlin

Wenig überraschend breitet sich die Virusvariante B.1.1.7, die zuerst im Vereinigten Königreich entdeckt wurde, auch in Deutschland rasant aus. Lag ihr Anteil bei den positiven PCR-Tests vor zwei Wochen noch bei 5,8 Prozent, liegt er jetzt schon bei mehr als 22 Prozent. Das Robert-Koch-Institut (RKI) hatte dies anhand einer Stichprobe von 23.000 positiven PCR-Tests überprüft.

Es ist damit zu rechnen, dass die **Mutante** bei einer wöchentlichen Verdoppelung schon beim kommenden Zusammentreffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am 3. März auf mehr als 80 Prozent steigen und damit dominant gegenüber dem Wildtyp des Coronavirus auftreten wird.

Die südafrikanische **Mutante** macht laut RKI nur einen Anteil von 1,5 Prozent an den positiven PCR-Tests aus. Für Panik sieht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) derzeit noch keinen Grund, denn die Infektionszahlen sinken weiter. Das zeige, dass die gesamten Infektionsschutzmaßnahmen wie die Kontaktbeschränkungen und andere Regeln auch gegen die Mutanten wirkten.

Inzidenzen gehen in Bundesländern wieder weit auseinander

In Städten mit einem steigenden Anteil der weitaus ansteckenderen **britischen Mutante** wie in Flensburg schnell auch die Infektionsrate in die Höhe. Der Braunschweiger Immunologe Michael Meyer-Hermann sieht die **britische Mutante** schon jetzt in einer Phase des exponentiellen Wachstums - "und die aktuellen Maßnahmen reichen nicht, um diese Entwicklung auszubremsen". Dann drohe eine dritte Welle,

würden die Fallzahlen nicht mit anhaltenden Maßnahmen auf eine geringe Inzidenz gedrückt.

Entsprechend entwickeln sich die Inzidenzwerte einzelner Bundesländer wieder weiter auseinander. So erreichte Baden-Württemberg am Dienstag eine Inzidenz von 44, während Thüringen immer noch eine Inzidenz von 112 verzeichnet, Sachsen-Anhalt von 82 und Brandenburg von 72. Angesichts dieser Zahlen verteidigte Spahn die gerade noch einmal um zwei Wochen verlängerten Grenzkontrollen zur benachbarten Tschechischen Republik mit ihren überhöhten Inzidenzen und einer dominanten Virusmutante B.1.1.7.

Auch die Hoffnungen auf ein Ende des Shutdowns dämpfte Spahn. Die Wege aus dem Lockdown müssten "mit ganz besonderer Vorsicht" gegangen werden. Es sei richtig, dass als erstes die Kitas und Schulen wieder stärker öffneten. Nun müsse aber jeden Tag überprüft werden, was dies in der Dynamik verändere. Spahn sagte, er habe zwar nichts gegen Öffnungspläne, die sich nach Inzidenzwerten der Virusausbreitung richteten. Doch wichtig sei, dass sich alle der Bedeutung der Mutanten für das Infektionsgeschehen bewusst seien. Alle zwei Wochen müsse überprüft werden, "wo wir stehen".

(===== Linkliste =====)

Da schon jetzt genügend Antigen-Schnelltests in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen, könnten sie zum Teil der Teststrategie werden. Von März an soll jeder den Zugang zu einem kostenfreien Antigen-Schnelltest bekommen, die Kos-

ten dafür will der Bund übernehmen. Spahn erinnerte daran, dass die Antigen-Schnelltests seit dem ersten Februar von systemrelevanten Unternehmen für die gesamte Belegschaft bezogen werden könnten.

Spahn: Astra-Zeneca-Impfstoff nicht schlechtreden

Für Deutschland könnten mindestens 50 bis 60 Millionen Antigen-Schnelltests pro Monat bezogen werden. Sollte einer davon ein positives Ergebnis zeigen, müsste es durch einen PCR-Test überprüft werden. Dasselbe gilt für die späteren Selbsttests, für die eine Zulassung beantragt wurde. Weder Antigen-Schnelltests noch Selbsttests könnten jedoch die Abstands- und Hygieneregeln ersetzen, sagte Spahn.

Er warnte davor, den Astra-Zeneca-Impfstoff schlecht zu reden. Es handle sich um einen sicheren und zugelassenen Impfstoff, der schütze. Sowohl die Europäische Arzneimittelbehörde Ema als auch die Amerikanische Arzneimittelbehörde FDA hätten vor einem Jahr eine Mindestwirksamkeit von 50 Prozent für einen Impfschutz angegeben. Der Astra-Zeneca-Impfstoff liegt über diesem Wert, in der Wirksamkeit aber niedriger als die Impfstoffe von Biontech und Moderna.

Spahn mahnte zur nötigen Unterscheidung von Impfreaktionen und nicht erwarteten Nebenwirkungen. Bei allen bisher zugelassenen Impfstoffen seien so gut wie keine überraschenden Nebenwirkungen aufgetreten. In einigen Krankenhäusern in Niedersachsen waren die Impf-

gen mit dem Astra-Zeneca-Vakzin wegen vieler Impfwirkungen ausgesetzt worden.

(=====)
Opinary: <https://compass.pressekompass.net/compass->

ses/faz/werden-wir-es-schaffen-die-coronamutatio-7QYnrg
=====)

F.A.Z.

Wörter:	601	Visits (VpD):	3,54 (in Mio.) ¹
Seite:	FAZ.NET	Unique Users (UUpD):	0,496 (in Mio.) ²
Ressort:	FAZ.NET	AVE (Online):	187.226 (EUR) (ungewichtet)
Medienkanal:	Online		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	Onlinemedien		

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

STREIT ÜBER DAS RICHTIGE WOHNEN

Klimaretten geht auch ohne **Eigenheimbann**

Den Traum vom Einfamilienhaus anzukratzen, ist politisch irre – und wissenschaftlich sinnlos. So etwas passiert, wenn Klimaschutz dazu verkümmert, vermeintlich unmoralische Lebensstile anzuprangern.

Nein, der Herr Hofreiter hat nicht gesagt, dass jetzt alle enteignet werden müssen. Und er hat auch nicht gesagt, dass per se keiner mehr Einfamilienhäuser bauen darf. Streng genommen hat der Fraktionschef der Grünen sogar viel gesagt, was eigentlich ganz simpel ist: dass Kommunen schon immer im Einzelfall entschieden haben, was auf Bauland gebaut wird, zum Beispiel. Und dass halt irgendwann irgendwo auch mal der Platz eng wird. Ach.

Trotzdem lässt sich nachvollziehen, wenn in der Partei von Herrn Hofreiter diese Woche der eine oder andere gern im Boden versunken wäre – wo diese Partei doch gerade artig daran arbeitet, mit jener Christlichen Union zusammenzugehen, die für nichts so steht wie für den Traum von Familie, Kindern und Haus. Und: Natürlich ist schon der Verdacht irre, in einem Land das Häuslebauen zur klimatisch unmoralischen Sache zu erklären, in dem etliche Familien danach streben, die Kinder im eigenen Garten spielen zu sehen – oder in der eigenen Immobilie eine der derzeit verbliebenen Möglichkeiten wähen, das Ersparte gut fürs Alter anzulegen. Im Grünen, was ja eigentlich auch das Fachgebiet der Partei von Herrn Hofreiter ist.

Gut möglich, dass es selbst dem Klima mehr schadet als hilft, jetzt nach Großautobesitzern, Fleischfreunden und Ferienfliegern der nächsten Teilbevölkerung als irgendwie unmoralisch auszulegen, wie sie lebt – und Klimapolitik so zunehmend zur

Beschwerdeführung gegen angeblich unmögliche Lebensstile verkümmern zu lassen.

Da steht die Großaufregung halt schnell in Missverhältnis dazu, was es dem Klima bringt. Natürlich spricht einiges dafür, dass es im direkten Vergleich mehr Energie braucht, erst ein Haus zu bauen und dann auf relativ viel Fläche pro Mensch zu bewohnen, als, sagen wir, in einer Etagenwohnung zu leben. Nur ist selbst hier die Bilanz nicht ganz so klar – wenn schon per Gesetz jedes neue Haus heute nahe rankommt, klimaneutral zu funktionieren, und im Zweifel sogar mehr Energie produziert als braucht. Modellrechnungen zufolge dürfte dank etlicher technologischer Fortschritte 2050 etwa der Heizwärmebedarf in neuen Einfamilienhäusern nicht höher sein als in neuen Mehrfamilienhäusern.

Etwas böse ließe sich sagen, dass in der laufenden Haltung jedes top-sanierte Einfamilienhaus besser fürs Klima ist als das Gros der Altbauwohnungen, die teils noch mit alten Öfen oder klimagruselnden Nachtspeicherheizungen geheizt werden. Wobei es auch hier absurd wäre, das individuell gegeneinanderzurechnen, zumal wenn es um den Gesamtmaßstab geht.

Bald gibt es wieder schön viel Platz

Über die Langzeit- und Klimaschäden des Baus vermeintlich endlos vieler neuer Häuser zu klagen, wirkt bizarr in einem Land, in dem die Bevölkerungszahl in ein

paar Jahren drastisch zu schrumpfen beginnen dürfte. Wenn derzeit von Wohnungsnot die Rede ist, dann ist das ja vor allem die regional stark konzentrierte Nachwirkung unterschätzter Demografie seit etwa 2010. Da gibt es schon jetzt zwei Realitäten im Land (O-Ton Hofreiter) – und weite Landstriche, in denen es weniger um begrenzten Platz für neue Häuser geht als darum, dass alte zunehmend leer stehen.

So wird auch (fast) im ganzen Land in einiger Zeit wieder schön viel Platz sein.

Dabei ist es ja schon jetzt so, dass Kommunalpolitiker in den Regionen, wo es tatsächlich mit dem Bauen eng wird, bei jedem neuen Bebauungsplan genau hinsehen, ob und wie viele Einfamilienhäuser noch gebaut werden sollten – schon weil der Wohnungsmangel so akut ist, dass möglichst viele auf wenig Platz unterkommen müssen. Und weil es natürlich seit jeher in Deutschland lokale Praxis ist, beim Bauen nicht einfach draufloszulegen, sondern alles schön zu regeln – auch zum Schutz von Umwelt, Grünfläche und Sichtachse.

De facto stagniert seit Jahren landesweit bereits der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern. Noch 2010 wurden in Deutschland monatlich deutlich mehr Ein- als Mehrfamilienhäuser zum Bau genehmigt – mittlerweile ist es umgekehrt. Der Anteil neuer Einzelhütten ist von fast 60 auf weniger als 30 Prozent gesunken. Und in Summe werden

heute nur noch etwas mehr als halb so viele Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut wie anno 2000.

Was wirklich nötig ist

Klar, das heißt nicht, dass verbleibende Flächen gelegentlich nicht besser mit Mehrfamilienhäusern bebaut werden sollten. Die Frage ist nur, wie nötig es fürs Klima ist, sich hier noch viel mehr zu verkämpfen – und das Einfamilienhaus zum Klimakrisen-Hotspot zu deklarieren.

Was nötig und machbar ist, um Deutschland bis 2050 klimaneutral zu machen, also kein zusätzliches CO₂ mehr auszustoßen, hat eine Gruppe Experten in einer groß angelegten Studie gerade durchgerechnet. Zwar zählt das, was an Energie in Gebäuden verbraucht wird, heute in der Tat zu den Haupttreibern von Treibhausgasen. Diese Gase bis 2050 auf null zu reduzieren, ist den Rechnungen zufolge aber möglich – ohne dass alle auf WG-Level wohnen müssen oder die Gesamtfläche der Einfamilienhäuser bis 2050 schrumpfen müsste. Im Schnitt könnte jeder und jede dann sogar noch etwas mehr Quadratmeter Wohnfläche beanspruchen als heute (ein Trend, der auch weniger mit dem Traum von Einzelheim als etwa mit der Scheidungsrate im Land zu tun hat – durch die es jetzt viele Patchwork-Einzelteil-Familien mit Mehrfachheimen gibt).

Den Schätzungen zufolge kann der Verbrauch von Energie in Deutschlands Gebäuden bis 2050 trotzdem

um mehr als ein Drittel sinken – und die Treibhausgase auf null. Auch wenn das kein Selbstläufer ist.

Im Gegenteil. Es ist nur eben anderes nötig. Vor allem, dass

Wohnungen, ob neu oder alt, per se nicht mehr über Kohle, Heizöl und Erdgas gewärmt werden – sondern über Wärmepumpen, mit denen die Molligkeit klimaneutral aus der Erde kommt;

oder viel weniger Energie aus undichten Häusern entweicht – und Elektrogeräte und Anlagen im Haus zunehmend weniger Strom brauchen; ein Mammutjob: noch gelten in Deutschland zwei Drittel aller Gebäudeflächen als nicht saniert; und jährlich kommen nur knapp über ein Prozent der Flächen auf Energiestandard. Viel zu langsam. Ein Altbauproblem.

Für all das braucht es jede Menge Förderung von Wärmepumpen – die 2050 nach Modell 60 Prozent aller Wohnflächen heizen sollten statt weniger als zehn Prozent heute. Macht dann 14 Millionen Pumpen. Dafür bräuchte es sehr viel mehr LED-Beleuchtung und sparsamere Haushaltsgeräte. Und mehr Solarenergienutzung. Auch hier ist der Altbestand ein Großproblem, weniger der schicke Neubau. Dazu die energetische Sanierung von Millionen Gebäuden, die nicht nur teuer ist, Mieter wie Vermieter brauchen dazu auch mehr Anreize. Die nächste wirkliche Mammutaufgabe.

Wenn hier die eigentliche Herausforderung liegt, bringt es dem Klima furchtbar wenig, das Land tagelang in Wallungen zu versetzen, ob

nun Einfamilienhäuser zu verbieten sind oder nicht – und wer hier moralisch gut oder böse ist. Und ob die Grünen nun Verbotspartei sind. Dann droht der klimapolitische Eifer in relativ unbedeutenden Dingen zu verpuffen – was für die Moralfrage Einfamilienhaus ebenso gilt wie für die Frage nach dem richtigen Auto und sonstigem Lifestyle. Solange nicht viel mehr in neue Autos und Ladestationen investiert worden ist, gibt es ja auch für Normalmenschchen wenig Alternativen.

Auch wenn es dem einen oder anderen mehr Spaß zu bereiten scheint, das Klimadesaster zur Frage moralisch richtigen Verhaltens der Mitmenschen zu machen – das könnte fürs Klima am Ende nach hinten losgehen, wenn dann die Energie und das Geld für die entscheidenden politischen Entscheidungen fehlen.

Wobei es für uns Menschen immer auch wichtig ist, etwas emotional zu spüren; und es eben nur bedingt Erregungspotenzial hat, sich für, sagen wir, den Ausbau der Produktion von Wärmepumpen einzusetzen. Da fehlt zur Aufregung dann auch ein bisschen das Feindbild.

Ob es auf Dauer überhaupt schick bleibt, so ein Einfamilienhaus zu haben, werde sich zeigen, sagt der Potsdamer Klimaökonom Carlo Jaeger. In Hongkong oder Peking sei es seit Längerem schon Ausweis gehobener Lebensführung, in den oberen Etagen von Hochhäusern zu leben – mit Blick ins Weite. So wie es in Frankreich für den Adel einst schick gewesen sei, in Wohnungen in der Stadt zu wohnen. Modeanreiz statt Klimascham.

Wörter:	1.296	Jahrgang:	2021
Autor:	Thomas Fricke	Nummer:	0
Seite:	0	Visits (VpD):	11,59 (in Mio.) ¹
Rubrik:	Wirtschaft/Soziales	Unique Users (UUpD):	1,30 (in Mio.) ²
Medienkanal:	Online	AVE (Online):	1.144.575 (EUR) (ungewichtet)
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/einfamilienhaus-streit-klimaretten-geht-auch-ohne-eigenheim-bann-kommentar-a-8734c9a3-5689-47b1-95f3-2a325834792d>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung:

Traum von Familie, Kindern und Haus: Der Anteil neuer Einzelhütten ist von fast 60 auf weniger als 30 Prozent gesunken

Fotonachweis:

imago images/Hans Blosssey

Ein Viertel der weltweiten Krankheitslast ist umweltbe- dingt

Der schlechte Zustand der Erde untergräbt laut UN-Bericht die Bemühungen für ein gesundes Leben. Die Beziehung des Menschen zur Natur müsse sich radikal verändern.

Etwa ein Viertel der weltweiten Krankheitsbelastung stammt laut einem UN-Bericht aus der Umwelt. Dabei gehe es zum einen um Krankheiten, die von Tieren überspringen – etwa Covid-19 – wie es in einem Bericht vom UN-Umweltprogramm (pdf) heißt. Zum anderen gehe es um Gesundheitsrisiken, die mit dem Klimawandel zusammenhängen und sich durch steigende Temperaturen erhöhen, etwa Unterernährung und durch Wasser und Nahrungsmittel übertragene Krankheiten. Letztlich sei auch Luftverschmutzung eine große Gefahr, die im Jahr zu fast neun Millionen frühzeitigen Todesfällen führe.

MotivationSo bringen wir Licht in die DunkelheitWenn das alte Leben zerbricht, müssen wir uns neu motivieren. Wie geht das? Unser Autor hat mit Menschen gesprochen, denen es gelungen ist.Wenn das alte Leben zerbricht, müssen wir uns neu motivieren. Wie geht das? Unser Autor hat mit Menschen gesprochen, denen es gelungen ist.© Michael HeckAlard von Kittlitz

”Der sich verschlechternde Zustand des Planeten untergräbt die Bemühungen, ein gesundes Leben und Wohlbefinden für alle zu erreichen”, heißt es in dem Bericht weiter. Die Beziehung des Menschen zur Natur müsse sich radikal verändern und mit der Natur Frieden geschlossen werden.

Derzeit herrschten drei Krisen gleichzeitig: der Klimawandel, der Verlust von Biodiversität und die Verschmutzung. Diese seien alle selbstverschuldet, miteinander verbunden und würden das Wohlbefinden der derzeitigen und künftigen Generationen gefährden. Weder die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch irgendwelche globalen Ziele zum Schutz von Lebewesen, Land und Ozeanen seien bisher erreicht worden. Um diese Krisen zu lösen, müssten alle künftigen Innovationen und Investitionen die Menschen und die Natur zugleich schützen.

Das UN-Umweltprogramm veröffentlichte den Bericht mit Blick auf die UN-Umweltkonferenz, die am Montag und Dienstag erstmals online stattfindet und an der unter anderem UN-Generalsekretär António Guterres voraussichtlich teilnehmen wird.

Wörter:	309	Jahrgang:	2021
Autor:	Andrea Buhtz	Nummer:	1
Seite:	0	Visits (VpD):	3,93 (in Mio.) ¹
Medienkanal:	Online	Unique Users (UUpD):	0,653 (in Mio.) ²
Mediengattung:	Online News	AVE (Online):	216.723 (EUR) (ungewichtet)
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2021-02/un-bericht-krankheitsbelastung-umweltrisiken-corona-infektionskrankheiten-klimawandel>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung:

Children cross a street on their way to school amid heavy smog conditions in Lahore on February 12, 2021. (Photo by Arif ALI / AFP)
(Photo by ARIF ALI/AFP via Getty Images) *Fotograf: Arif Ali*

STREIT IN DER EU

Alle wollen das **Klima retten** – aber niemand will was tun

Die EU hat sich ehrgeizige Ziele für die CO₂-Einsparungen gesetzt. Aber wer soll das umsetzen? Nicht nur die Autobranche wehrt sich – sondern auch viele Mitgliedstaaten.

Sich Ziele setzen ist einfach, sie einzuhalten dagegen schwer. Das weiß jeder, der bereits im Februar die guten Vorsätze fürs neue Jahr schon wieder beiseite geschoben hat. Die Europäische Union hat für 2021 auch einen lobenswerten Vorsatz: Sie will noch im Frühjahr das EU-Klimagesetz verabschieden.

Doch noch bevor alle Beteiligten das klimapolitische Herzstück des »Green Deals« abnicken, gibt es in Brüssel bereits Streit. Es geht um nichts Geringeres als darum, wer in der Union wie viel Klimaschutz bis 2030 schultern muss. Gerade in der Coronakrise versuchen sich Mitgliedstaaten und Wirtschaftsbranchen gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuspielen.

Den »Green Deal« hatte Ursula von der Leyen vor rund einem Jahr zur Priorität Europas erklärt. Bis 2050 sollen die Emissionen auf netto null sinken. Dann darf nicht mehr CO₂ in die Atmosphäre entweichen, als an anderer Stelle wieder eingespart wird. Die Uhr tickt – immerhin bläst die Union jedes Jahr rund 3,7 Milliarden Tonnen CO₂ in die Luft – etwas unter zehn Prozent des globalen Treibhausgasausstoßes.

Dafür sind ehrgeizige Zwischenziele nötig – und die müssen auf alle 27 Mitgliedstaaten gerecht verteilt werden. Im Dezember einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Erhöhung des 2030er Klimaziels von minus 40 auf »mindestens« 55 Prozent im Vergleich zum CO₂-Ausstoß von 1990.

Die 15 Prozentpunkte CO₂-Mehreinsparung sind viel. In den kommenden zehn Jahren müssen nach dem neuen Ziel rund eine Milliarde Tonnen Treibhausgase dauerhaft eingespart werden. Schon vorher beklagten sich osteuropäische Staaten über die neue Klimaschutzpolitik aus Brüssel. Wirtschaftsverbände wie der BDI reagierten abwartend: Es seien noch viele Fragen offen. Und auch die Automobilhersteller starren gebannt nach Brüssel.

»Effort-Sharing« und Emissionshandel: Alles muss neu

Wer muss also zuerst reagieren? Wer am meisten einsparen? Um das zu klären, schnürt die Kommission gerade das »Fit for 55« Gesetzgebungspaket – ein Rundumschlag, der alle Bereiche betrifft: So sollen der EU-Emissionshandel, die europäische CO₂-Regulierung für Fahrzeuge, die Richtlinie für erneuerbare Energien, Energiebesteuerung und die Lastenverteilung zwischen den Ländern neu geregelt werden. Auch Zölle für CO₂-intensive Produkte stehen das erste Mal auf der Agenda. Eine Mammutaufgabe, von der Experten sagen, dass deren Folgen Deutschland viel weitreichender betreffen könnten, als das Klimapaket der Bundesregierung.

(Der SPIEGEL-Klimabericht – Die neuesten Entwicklungen, Forschungsergebnisse und Hintergründe zur Klimakrise als Newsletter: jede Woche direkt in Ihr Mail-Postfach. Jetzt anmelden.)

Bisher gibt es zwei Systeme in der EU für die CO₂-Einsparung: Seit 2005 gibt es den Europäischen Emissionshandel (ETS), unter den aber nur die Industrie und Energieerzeuger, etwa Kohlekraftwerke und Chemiefabriken fallen. Dabei bekommen die Unternehmen CO₂-Zertifikate zugeteilt, teils kostenlos. Übersteigt ihr CO₂-Ausstoß die zugeordneten Gutschriften, müssen sie am Markt zukaufen. Die erlaubte Menge an Emissionen sinkt stetig. Je höher der CO₂-Preis der Zertifikate, desto höher der Ansporn, auf CO₂-sparende Technologien zu setzen.

Für alle anderen Bereiche gibt die EU jedem Land ein Klimaziel vor – das sogenannte Effort-Sharing. Das betrifft Verkehr, Landwirtschaft und Gebäude. Jede Regierung kann dann selbst entscheiden, welche Anreize oder Verbote sie setzt, um diese Ziele zu erreichen – beispielsweise Prämien für Elektroautos oder eine Fleischsteuer.

Doch zwischen den Systemen müssen sich die EU-Staaten nun entscheiden: Entweder eine Aufstockung der Ziele auf nationaler Ebene für Autos, Tierhaltung und Heizungen oder eine Ausweitung des Emissionshandels in ganz Europa auf alle Bereiche – also einen einheitlichen CO₂-Preis für alles und alle. Beim Emissionshandel müssten dann beispielsweise auch Kraftstoffproduzenten und Tierhalter die CO₂-Gutschriften zukaufen. Der Vorteil: Brüssel müsste keine neuen Ziele für die Mitgliedstaaten festlegen und

es gebe auch keine Sanktionen, weil die Einsparungen über den europäischen CO₂-Preis geregelt würden.

Angst vor Milliardenanktionen

»Deutschland setzt sich auf EU-Ebene für eine Erweiterung des Emissionshandels ein, weil dann weniger Strafzahlungen bei Zielverfehlungen im Effort-Sharing drohen«, sagt Oliver Geden, Klimaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. »Ohne Covid-19 wäre es für Deutschland bereits in der Abrechnungsperiode bis 2020 sehr teuer geworden«, so Geden.

Die Sanktionen für verfehlte Klimaziele zahlt ein Land allerdings nicht an die EU-Kommission. »Dafür müssen die Länder CO₂-Gutschriften von Ländern kaufen, die ihr Ziel übererfüllt haben«, so Oliver Geden. »Der Vorwurf der wohlhabenderen Staaten an die Osteuropäer lautet deshalb, dass sie niedrige Ziele haben wollen, die sie mit wenig Aufwand übererfüllen können, um dann Emissionsrechte an die Staaten Nordwesteuropas zu verkaufen.«

Zum Beispiel Polen. Das Land musste bisher relativ wenig für den Klimaschutz tun. Probleme bekommt das Land nur, wenn der CO₂-Preis steigt, weil dann die CO₂-intensiven Kohlekraftwerke teuer werden. Polen hat deshalb lange von einem niedrigen Preis im Emissionshandel und niedrigen nationalen Klimazielen profitiert. Am liebsten wäre es dem Land, wenn alles so bliebe.

Problem Verkehr

Doch auch Deutschland ist alles andere als ein Musterschüler. Der Grund: Deutschland ist eine Autonation. Hierzulande steigen die Emissionen im Straßenverkehr, statt zu sinken. Auch deshalb hat Deutschland in diesem Jahr erstmals eine CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe eingeführt – die allerdings zu niedrig ist, wie Wissenschaftler bemängeln.

Um noch mehr Strafzahlungen an Brüssel zu verhindern, setzt sich Berlin nun für eine Ausweitung des Emissionshandels im Verkehr ein. Damit hofft man die verhassten CO₂-Grenzwerte endlich loszuwerden: Denn neben dem »Effort Sharing«, gibt es noch ergänzende Hebel auf EU-Ebene, wie beispielsweise das Setzen von CO₂-Grenzwerten für Fahrzeugflotten. Die Autohersteller müssen sich damit verpflichten, einen bestimmten Anteil von emissionsfreien Fahrzeugen in ihren Flotten zu erreichen.

Laut einer Untersuchung vom vergangenen Jahr drohen zehn Autoherstellern EU-Strafen in Milliardenhöhe wegen zu hoher CO₂-Werte. Mit einem erweiterten Emissionshandel würden solche Instrumente wahrscheinlich abgeschafft oder geschwächt.

»Die Flottengrenzwerte sind nicht nur effizienter als der Emissionshandel, sondern auch sozial verträglicher, denn sie steigern das Angebot von bezahlbaren emissionsfreien Fahrzeugen«, so Jekaterina Boening vom Brüsseler Verkehrs-Thinktank T&E. Damit die Autobauer in Europa endlich umsteuern, müssten sie mit einer Kombination aus starken nationalen Zielen und Flottengrenzwerten zum Klimaschutz gezwungen werden. »Ein Emissionshandel für den Verkehr würde nichts bringen, weil im Verkehrssektor sehr hohe CO₂-Preise notwendig sind«, so Boening. »Auch wenn der Preis an der Tankstelle etwas steigt, kaufen Sie nicht gleich ein Elektroauto oder fahren Fahrrad.«

Gegen höhere Flottengrenzwerte wehren sich die Autohersteller allerdings vehement. Bei der Ausweitung des Emissionshandels müsste der größere Batzen dann weiterhin von der Industrie und der Energiewirtschaft erbracht werden, der Druck auf die Hersteller wäre geringer.

Industrie hält Ausweitung des Emissionshandels für »brandgefährlich«

Laut InfluenceMap – einer europäischen Nichtregierungsorganisation, die sich für Transparenz einsetzt – lobbyiert der Verband der Automobilindustrie (VDA) seit Monaten für einen Emissionshandel und gegen CO₂-Grenzwerte.

Dass sich auch die Bundesregierung auf die Seite der Autobauer stellt, spricht für sich. »Die Unionsfraktion sollte dringend ihre Funktion als VDA-Bodyguard aufgeben und sich überlegen, wie eine deutsche Autoindustrie ohne emissionsfreie Pkw eigentlich in einer klimaneutralen Weltwirtschaft bestehen soll, wenn wir heute schon von Tesla und Co. überholt werden«, kritisiert die grüne Bundestagsabgeordnete Lisa Badum.

Doch nicht nur die Grünen sind sauer. Auch der Bundesverband der Industrie (BDI) – bei dem der VDA sogar Mitglied ist – ist anderer Meinung: »Eine Erweiterung des Emissionshandels wäre Gift für die von der Politik gewünschten und dringend notwendigen Investitionen, gerade in den energieintensiven Branchen«, teilt der BDI auf SPIEGEL-Anfrage mit. Er hält die Ausweitung zum jetzigen Zeitpunkt sogar für »brandgefährlich«. Die Industrie befürchtet, dass durch eine Ausweitung der CO₂-Preis extrem ansteigt und damit viele Unternehmen überfordert.

»Die Stimme der Bundesregierung wiegt ungemein schwer in der EU und muss sich in den ETS-Verhandlungen glasklar für konsequenten Klimaschutz und gegen Industriegegenstände aussprechen, sonst bleibt vom Green Deal nur Schall und Rauch übrig«, sagt Grünenpolitikerin Badum.

Wörter:	1.297	Jahrgang:	2021
Autor:	Susanne Götze	Nummer:	0
Seite:	0	Visits (VpD):	11,59 (in Mio.) ¹
Rubrik:	Wissenschaft/Mensch	Unique Users (UUpD):	1,30 (in Mio.) ²
Medienkanal:	Online	AVE (Online):	1.144.575 (EUR) (ungewichtet)
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	Onlinemedien		

Weblink: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/hoeheres-eu-klimaziel-wie-lassen-sich-die-neuen-einsparungen-erreichen-a-476f41d1-674f-4129-906a-f357ba4d892f>

¹ von PMG gewichtet 11-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-11 vom 15.12.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung:

Autonation Deutschland:
Millionensanktionen für
reformunwillige

Fahrzeughersteller
Fotonachweis:
imago images/snapshot

Abbildung:

Mehr erneuerbare Energien, weniger
fossile Brennstoffe: Die EU will bis
2050 klimaneutral

werden.
Fotonachweis: © *Andriy
Onufriyenko*